

UM DIE HISTORISCHE WAHRHEIT IN DER DEUTSCH-TSCHECHISCHEN AUSEINANDERSETZUNG

Von J. W. Br ü g e l

Der Beitrag von Jörg K. Hoensch „Revision und Expansion“ (Bohemia-Jahrbuch 9 (1968) 208 bis 228) enthält sehr viele, sehr interessante Informationen, die den Lesern zum ersten Mal in diesem Zusammenhang dargeboten werden. Sie charakterisieren im allgemeinen die Hitlersche Außenpolitik und die Rolle, die die Tschechoslowakei in ihr eingenommen hat, sehr richtig, aber manche Behauptungen des Autors rufen doch teils nach einer Ergänzung, teils nach einer Klarstellung, und manche reizen auch zum Widerspruch. In der Erwartung, daß aus These und Antithese sich eine Synthese ergeben wird, die der historischen Wahrheit dienlich ist, seien hier einige Bemerkungen gemacht.

1. Es ist nicht ganz klar, was der Autor damit meint, wenn er an der Kritik an Hitlers Taktik aussetzt, sie habe diese zum Anlaß genommen, „um die Berechtigung der außenpolitischen Ansätze des Dritten Reiches überhaupt abzulehnen“. Soll damit gesagt werden, daß gewisse außenpolitische Ansätze des Dritten Reiches nicht abzulehnen waren? Wenn der Autor dieser Auffassung ist, müßte er doch genauer anführen, was er an diesen Ansätzen auch vom demokratischen Standpunkt aus für vertretbar ansieht, und erst dann könnte man dazu Stellung nehmen.

2. Hoensch bemerkt sehr richtig, daß zu einer begründeten revisionistischen Politik Hitlers gegenüber der Tschechoslowakei äußerlich ein Anlaß nicht gegeben war, behauptet aber gleich im Anschluß daran, daß „das tief in deutsches Territorium hineingreifende neue Staatsgebilde als wichtige Schaltstation des französischen Sicherheitssystems von Anfang an als ständige Gefährdung des Deutschen Reiches empfunden worden war“. Es fragt sich nur, w e r die Existenz des neuen Staatsgebildes als ständige — oder überhaupt als eine — Gefährdung des Deutschen Reiches empfunden hat. Die Weimarer Republik hat es jedenfalls nicht getan. Auch zu einer Zeit, da die französische Außenpolitik aus Motiven, die wir hier nicht erörtern wollen, auf die Niederhaltung der Weimarer Republik ausging, wurde es im Berliner Auswärtigen Amt der tschechoslowakischen Außenpolitik hoch angerechnet, daß sie auf Paris mildernd einwirkte, und sich vielfach zum Anwalt der deutschen Demokratie machte. Während des Ruhrkonfliktes von 1923 wurde in einem Runderlaß des Auswärtigen Amtes gesagt, es müsse

„... anerkannt werden, daß die tschechoslowakische Regierung nach Ansicht des Auswärtigen Amtes und aller in erster Linie berufenen Beurteiler ernsthaft und sorgfältig bemüht gewesen ist, sich vom deutsch-französischen Konflikt fernzuhalten und eine ehrliche Neutralität zu halten ...“¹

¹ Rundschreiben M a l t z a n , 24. 3. 1923, Reichskanzlei. Film L 504 S. 149756—62 (Diese

Kurz darauf sagte der Prager deutsche Gesandte Dr. Walter Koch (1870—1947) in einem Bericht nach Berlin, Außenminister Beneš habe in einer Parlamentsrede das Verhältnis zu Deutschland „in einer wie mir scheint freundlichen Weise“ behandelt²:

„Ich vermag in die Aufrichtigkeit seiner Worte bei allem Vorbehalt, mit dem ich den Mann sonst nehme, keinen Zweifel zu setzen . . . Ich habe auf den Wandel, den Beneš in seinem Verhältnis zu Deutschland allmählich durchgemacht hat, schon früher hingewiesen. Er beruht natürlich nicht auf einer raschen Zuneigung zu Deutschland, wohl aber auf der steigenden Erkenntnis der Schicksalsgemeinschaft, in der sich die Tschechoslowakei mit Deutschland befindet.“

3. Die Behauptung des Autors, daß „einige Beschwerden über die Auswirkung der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik in deutschen diplomatischen Kreisen als berechtigt anerkannt und vor dem Völkerbund unterstützt wurden“, müßte doch irgendwie belegt werden. Es hat zwischen Prag und Berlin im Jahre 1925 vertrauliche Diskussionen über das tschechoslowakische Nationalitätenproblem gegeben, in dessen Verlauf der damalige Gesandte in Berlin und spätere Außenminister Kamil Krofta (1876—1945) dem Auswärtigen Amt eine umfangreiche Denkschrift zukommen ließ, in der alle Punkte der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik behandelt wurden, und in der Krofta, der offenbar selbst der Autor dieses Memorandums war, manche Mängel zugab³. Der spätere Staatssekretär Bernhard v. Bülow (1885—1936) schrieb daraufhin in einer internen Aufzeichnung, Kroftas Darlegungen würden „unwiderleglich nachweisen, daß ein sehr beträchtlicher Teil der sudetendeutschen Beschwerden unberechtigt ist, daß diese also aus der Diskussion von vorneherein ausgeschieden werden müssen“. Zur Beurteilung des Restes fehle es an verlässlichen Daten, umso mehr als die Verwaltungspraxis „in der sudetendeutschen Presse vielfach entstellt wiedergegeben“ werde. Er schrieb, daß man bei Fortsetzung der Diskussion „eine große Zahl ihrer (der Sudetendeutschen) wichtigeren Beschwerden wohl oder übel fallen lassen“ müßte. Nachdem Deutschland mit aktiver Hilfe der Tschechoslowakei 1926 in den Völkerbund aufgenommen worden war und einen ständigen Sitz im Völkerbundrat erhalten hatte, läßt sich irgendeine deutsche Unterstützung von Beschwerden über Auswirkungen der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik vor dem Völkerbund nicht nachweisen.

4. Hoensch konzediert, daß die tschechoslowakische Außenpolitik eine Defensivpolitik war, die sich auf den Völkerbund, Frankreich und die Kleine Entente stützte, aber er behauptet, daß sie „selbst in der Weimarer Republik mit größter Zurückhaltung bewertet worden“ ist. Für diese Behauptung gibt Hoensch keine

und weitere Angaben dieser Art beziehen sich auf die verfilmten Aktenbestände des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei).

² Koch an A. A., 12. 2. 1923. Auswärtiges Amt, Film L 416 S. 119025—26.

³ Die entsprechenden Schriftstücke finden sich im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes unter folgenden Zahlen:

Aufzeichnung Schubert, 18. 1. 1926, Film 4582/I S. 175555—61.

Aufzeichnung Schubert, 2. 2. 1926, ebenda S. 172621—58.

Aufzeichnung Bülow, 3. 3. 1926, Film K 91 S. 009122—5.

einzigste Quelle an, und er wäre auch nicht in der Lage, eine zu finden, denn die Akten des Auswärtigen Amtes enthalten keine einzige zurückhaltende Bewertung der Prager Außenpolitik in der Weimarer Zeit.

5. Hoensch führt zur Begründung seiner unbewiesenen Behauptung an:

„Sein [Beneš] kompromißlos vertretenes Konzept des tschechoslowakischen Nationalstaates stempelte ihn in deutschen Augen zum intoleranten Chauvinisten kleinbürgerlicher Prägung und ließ ihn zum Hauptverantwortlichen des integralen tschechischen Nationalismus und der nationalen Bedrückung der Sudeten-deutschen werden.“

Wieder fehlt jeder Versuch, eine solche Behauptung irgendwie zu belegen. Daß sie aufgestellt wurde, ist umso erstaunlicher, als Hoensch — wie aus Bemerkungen (auf den Seiten 215, 220 und 223) hervorgeht — mein Buch „Tschechen und Deutsche 1918—1938“, München 1967, bekannt war, in dem Beweise für die Unrichtigkeit seiner Darstellung enthalten sind. In welchen deutschen Augen soll Beneš als „intoleranter Chauvinist kleinbürgerlicher Prägung“ erschienen sein? Kann Hoensch auch nur ein einziges Zitat irgendeines Repräsentanten der Weimarer Republik oder der deutschen Demokraten der Tschechoslowakei vorlegen, in dem ähnliches über Beneš ausgesagt wurde? Und wenn er es kann, warum verabsäumt er, es zu tun? Unter den Politikern der Weimarer Ära war der Chefredakteur des Berliner „Vorwärts“ und SPD-Reichstagsabgeordnete Friedrich Stampfer (1874—1957) am besten mit den tschechoslowakischen Verhältnissen vertraut, da er in Brünn geboren und aufgewachsen war. Nachdem Beneš im Oktober 1938 zum Rücktritt gezwungen worden war, hat er unter dem Titel „Eduard Beneš, Held der tschechoslowakischen Tragödie“ seine Meinung über ihn in folgenden Worten zusammengefaßt⁴:

„Die junge tschechoslowakische Republik war stolz, die Rolle des politischen Asyllandes zu übernehmen, die in längst vergangenen Zeiten die Schweiz zu ihrem Ruhme gespielt hatte Inmitten des Trümmerhaufens steht ein aufrechter Mann. Dr. Eduard Beneš mag, als er sich den englischen Ratschlägen gefügig zeigte, einen tragischen Fehler begangen haben — heute ist er als würdiger Repräsentant seines Volkes zu einer großen europäischen Figur emporgewachsen. Er geht aus dem furchtbaren Geschehen als ein makelloser Ehrenmann hervor Wir haben dieses Volk unter der Regierung von Masaryk und Beneš an seiner Arbeit gesehen und seine Leistung in der eigenen Kultur schätzen gelernt. Der Gedanke, daß dieses besiegte Volk auf die Stufe des Siegers herabsinken könnte, entsetzt uns Sicher fühlen sich auch Millionen Deutsche in ihrer Geisteshaltung und ihrer Ethik dem tschechoslowakischen Präsidenten weit stärker verbunden als den Herrschern des Dritten Reiches.“

Von Stampfer ist bekannt, daß er eine stark nationale Ader hatte, und er würde nie so über einen Mann gesprochen haben, der in deutschen Augen ein „intoleranter Chauvinist kleinbürgerlicher Prägung“ gewesen wäre. Wichtiger ist aber die Frage, ob Beneš wirklich das Konzept des tschechoslowakischen Nationalstaates — und das auch noch kompromißlos — vertreten hat. Es gibt eine

⁴ Neuer Vorwärts. Paris, 16. 10. 1938.

einzigste öffentliche Äußerung von Beneš zur Frage des Nationalstaates; das war am 30. September 1919, als Beneš der Provisorischen Nationalversammlung über die Friedenskonferenz berichtete. Damals hat Beneš gesagt, die Friedenskonferenz habe die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns als Nationalstaaten betrachtet. Trotzdem habe man auf der Konferenz sehr gut verstanden⁵,

„daß die Nationalstaaten vom internationalen Standpunkt nicht so gebildet werden können, daß sie tatsächlich Nationalstaaten sind; es war nicht möglich, die Grenzen so zu legen, daß alle einzelnen Minderheiten ausgeschlossen sind.“

Beneš hat also gar nicht seine eigene Meinung ausgesprochen, sondern die der Friedenskonferenz interpretiert, und zwar dahin, daß kein einziger der Nachfolgestaaten ein wirklicher Nationalstaat sei. Ganz im Einklang damit sagte Beneš neunzehn Jahre später — am 17. August 1938 — den Sendboten Henleins⁶, der „Ausdruck ‚Les États Nationaux‘ sei bei den Friedensverhandlungen nicht im Sinne von Nationalstaat, sondern lediglich als Gegensatzbezeichnung zu Österreich-Ungarn gebraucht worden“. Beneš hat sich aber 1938 nicht damit begnügt, einen sachlichen Irrtum richtigzustellen, sondern er hat darüber hinaus bemerkt, er habe „1920 bei den Parlamentsverhandlungen seine warnende Stimme dagegen erhoben, die Tschechoslowakei als Nationalstaat zu bezeichnen“, und er halte „die Nationalstaatsidee für verfehlt“. Der „Sachverständige“ der Henlein-Delegation, Dr. Herbert Kier, bezeichnete die erste Behauptung von Beneš als „historisch richtig“, und der Abgeordnete der Henlein-Partei Ernst Kundt bestätigte das ausdrücklich.

Der Nationalstaatsgedanke wurde — außer von der tschechischen Bürokratie, die ihn ohne jede gesetzliche Grundlage in der Praxis zu verwirklichen trachtete, — nur von dem schon 1919 in eine hoffnungslose Opposition gedrängten Dr. Karel Kramář und eine Zeitlang von Andrej Hlinka vertreten; sowohl um Kramář als auch um Hlinka hat sich die Sudetendeutsche Partei Henleins von 1935 an lebhaft bemüht.

Angesichts der Behauptung, Beneš sei ein „intoleranter Chauvinist kleinbürgerlicher Prägung“ gewesen, wird es sich aber doch empfehlen, noch auf einige Zeugnisse hinzuweisen. Zunächst auf einen unbekanntenen, aber recht charakteristischen Ausspruch von Beneš selbst, den er einem französischen Diplomaten gegenüber gemacht hat, der davon sehr wenig erbaut war. Jules Laroche zitiert in seinen Memoiren⁷, was Beneš 1924 dem französischen Gesandten in Prag gesagt hat: „Deutschland ist nicht unser Erbfeind.“ Wäre das an eine deutsche Adresse gerichtet gewesen, könnte man das als diplomatischen Schachzug ansehen. An die Regierung Poincaré gerichtet, war es eine Absage.

Hätte man in Berliner informierten Kreisen einen Mann als „intoleranten Chauvinisten“ eingeschätzt, über den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Carl

⁵ Peroutka, Ferdinand: Budování republiky [Der Aufbau der Republik]. Bd. 2. Prag 1933, S. 1293.

⁶ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918—1945. Serie D (1837—1945). Bd. 2: Deutschland und die Tschechoslowakei, 1937—1938. Baden-Baden 1951, Nr. 378.

⁷ Laroche, Jules: Au Quai d'Orsay avec Briand et Poincaré, 1913—1926. Paris 1957, S. 186.

von Schubert (1882—1947) 1926 folgendes schrieb⁸, man müsse „deutscherseits alles vermeiden, was den Eindruck erwecken könnte, als wollten wir gegen *unseren Freund Beneš* konspirieren“? Ähnlich hat sich einem französischen Diplomaten gegenüber Werner von Rheinbaben (geb. 1878), Deutschlands Vertreter auf der Abrüstungskonferenz und politisch Stresemanns Volkspartei zuzuzählen, ausgedrückt⁹: „*Unsere besten Freunde, wie z. B. Dr. Beneš*, raten uns, uns wegen Regelung dieser schwierigen Punkte direkt mit Euch [Franzosen] in Verbindung zu setzen.“ Noch wesentlicher ist, daß die deutsche Generalität, der niemand übertriebenes Vertrauen in Nichtdeutsche nachsagen wird, in Dr. Beneš keinen „intoleranten Chauvinisten“ oder einen „Deutschenfeind“ sah. So kann man in einem Brief des Staatssekretärs Bülow aus dem Jahre 1931 lesen¹⁰:

„Einen Weg zur militärischen Verständigung mit Frankreich sehen unsere Militärs in den Vorverhandlungen zur allgemeinen Abrüstungskonferenz und in der Person Benešs. Sie würden den letzteren gern als Präsidenten sehen und glauben zu wissen, daß Beneš bereitwilligst zwischen Paris und Berlin vermitteln wird.“

Aber werfen wir doch einen Blick darauf, wie Beneš von den Repräsentanten der demokratischen Parteien des Sudetendeutschums eingeschätzt wurde. Zu seinem 50. Geburtstag schrieb das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokraten¹¹:

„Durch die Entwicklung der Ereignisse in Europa in den letzten Jahrzehnten mußte es auch der deutschen Arbeiterschaft als außerordentlich wertvoll erscheinen, daß die Außenpolitik des Staates von einem Mann geleitet wird, der sich . . . zur Demokratie bekennt, der bemüht ist, eine Politik des Friedens und der Verständigung zu betreiben und der *auch in nationalen Fragen stets eine versöhnliche Haltung eingenommen hat*. Es ist vor allem Benešs Verdienst, daß die deutschen Sozialdemokraten zur Partei der Nationalsozialisten, der Beneš angehört, in ein erträgliches Verhältnis geraten sind, wodurch die Zusammenarbeit der drei sozialistischen Parteien bedeutend gewonnen hat. In dieser schweren Zeit . . . ist es auch das Interesse der deutschen Sozialdemokratie und entspricht dem sozialistischen Bedürfnis der Arbeiterklasse auch des deutschen Volkes, daß die reichen Geistesgaben und die demokratische Gesinnung des Außenministers Beneš dem Staat noch lange erhalten bleiben mögen.“

Als nach dem Rücktritt Masaryks 1935 eine Präsidentenwahl notwendig wurde, haben sich die deutschen Sozialdemokraten in einer Erklärung für die Kandidatur Benešs ausgesprochen, in der es hieß¹²:

„Schon deswegen, weil Beneš als Präsident die beste, die einzige Gewähr dafür bietet, daß auf der Prager Burg der Geist der Humanität, der edelsten Menschlichkeit, des ersten Präsidenten weiter seine Heimstatt hat, werden die deutschen Sozialdemokraten . . . für Eduard Beneš ihre Stimme abgeben . . .“

Wir werden Beneš schließlich wählen, weil wir Deutsche sind. Seit 1918, da

⁸ Schubert an Koch (Prag), 19. 8. 1926. Auswärtiges Amt, Film 4582.

⁹ Aufzeichnung Wladimir d'O r m e s s o n, 2. 10. 1932. Documents Diplomatiques Français, 1932—1939. I. Serie, Band 1, Paris 1964, Nr. 223.

¹⁰ Bülow an Hoesch (Paris), 23. 1. 1931. Auswärtiges Amt, Film 4620, S. 199035—39.

¹¹ Sozialdemokrat, Prag, 27. 5. 1934.

¹² Sozialdemokrat, Prag, 17. 12. 1935.

Beneš in Genf ... für die Ernennung eines deutschen Ministers eingetreten ist, hat er ... für eine Verständigung der tschechischen Nation mit der deutschen gewirkt Er hat sich, auch an Mut Masaryk gleichend, vor allem mit Entschiedenheit zu Demokratie und nationaler Verständigung bekannt. Er ist ein überzeugter Anhänger der Teilnahme der Deutschen an der Regierung Die Stimmenabgabe für Beneš ... ist für die deutschen Sozialdemokraten der Kampf um Frieden, Freiheit, Demokratie, soziale Ordnung und nationale Gerechtigkeit.“

Es steht jedermann frei, darüber andere Auffassungen zu haben. Es steht niemandem frei, zu behaupten, es sei damals über Beneš das Gegenteil gesagt worden. In einem Kommentar zur Präsidentenwahl hat Wenzel Jaksch geschrieben¹³:

„Es wäre Selbstbetrug, die Augen davor zu verschließen, daß das tschechische Volk durch seine Reife und Disziplin, mit der es die Frage der Staatsführung mustergültig zu lösen verstand, vor der ganzen Kulturwelt einen großen moralischen Erfolg erntete. Die Namen Masaryk und Beneš gelten nicht nur auf dem Kontinent, sondern weit in die angelsächsische Welt hinaus als die Verkörperung besten Europäertums.“

Auch Minister Dr. Spina sagte damals namens des Bundes der Landwirte¹⁴: „Wir haben Beneš freudig unsere Stimmen gegeben.“

Nachdem Hitler Beneš zum Verzicht auf das Präsidentenamt gezwungen hatte, wertete das Blatt der deutschen Sozialdemokraten ihn folgendermaßen¹⁵:

„Seine starke und tiefe Liebe zur eigenen Nation ist frei von Chauvinismus, und diese hohe Auffassung vom Wesen der Nation und von der Liebe zur Nation befähigte ihn, gerecht und objektiv auch die Bedürfnisse der Minderheitsnationen zu würdigen. Dem zurücktretenden Präsidenten, zu dem wir immer vertrauensvoll und verehrend aufgeblickt haben, danken auch die deutschen Demokraten ... für das Verständnis, das er ihnen immer entgegenbrachte Es ist keine Übertreibung, wenn wir sagen, daß die deutschen Demokraten ihn mit tiefem Schmerz scheiden sehen.“

In der Emigration sprach eine von Jaksch redigierte Resolution der „Treugemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ vom Oktober 1940 vom „vollen Vertrauen zur demokratischen, sozial-fortschrittlichen und europäisch-konstruktiven Orientierung des Präsidenten Dr. Beneš“¹⁶.

Dem gedruckten Protokoll zufolge¹⁷ sagte Wenzel Jaksch in London am 28. September 1941:

„Ich schlage Ihnen die Absendung eines Telegramms an den Präsidenten der Republik, Dr. Beneš, vor, in dem wir dem Manne unsere Grüße übermitteln, der uns gegenüber immer in vornehmer Weise gehandelt hat:

¹³ Sozialdemokrat, 1. 1. 1936.

¹⁴ Prager Presse, 5. 1. 1936.

¹⁵ Sozialdemokrat, Prag, 6. 10. 1938.

¹⁶ Voller Wortlaut des Beschlusses im Rundschreiben an alle Mitglieder der Treugemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten in England, 23. 10. 1940.

¹⁷ Landeskongress der sudetendeutschen Sozialdemokraten, 28. 9. 1941. London 1941, S. 14.

„Die in London versammelten Funktionäre unserer Partei-, Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung entbieten dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik die besten Wünsche für sein großes Befreiungswirk. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß unter seiner bewährten Führung nach der Befreiung unserer gemeinsamen Heimat . . . die Zusammenarbeit der demokratischen Kräfte aller Völker erneuert werden kann. Für das Präsidium der Landeskonferenz: Jaksch, de Witte, Reitzner.“

Warum die SdP tschechische Nationalisten umwarb und tschechischen verständigungsbereiten Politikern wie Beneš mit unverhohlener Feindschaft gegenübertrat, hat Emil Franzel seinerzeit mit folgenden Worten erklärt¹⁸:

„Obwohl gerade Dr. Beneš sich immer wieder objektiv bemüht hat, das Verhältnis der Nationen im Staate zueinander zu verbessern, *obwohl ihm in keinem Fall ein Auftreten gegen die Deutschen nachgesagt werden kann*, ist er in den faschistischen Kreisen der Sudetendeutschen, also überall, wo heute die Sudeten-deutsche Heimatfront (Henleins) dominiert, weit mehr verhaßt als ein Kramář . . .

Die Politik Benešs ist Hitler wie kaum ein anderes politisches Hindernis im Wege . . . Alle Träume der Berliner Machthaber, mit der Tschechoslowakei das Spiel Polens zu spielen, sind und bleiben Utopien, solange Beneš im Czernin-Palais amtiert. *Darum der Haß der sudetendeutschen Faschisten gegen Beneš*, darum die Propaganda der Sudetendeutschen Heimatfront, die den Deutschen der Republik gerade Beneš als das Hindernis der nationalen Verständigung darstellt.“

Als dann Beneš Präsident geworden war, wollte ihm Franzel geradezu diktatorische Vollmachten mit folgenden Worten zuerkennen¹⁹:

„Die Tschechoslowakei befindet sich in der glücklichen Lage, in Präsident Beneš . . . einen Führer zu besitzen, der schon durch seine Erfahrungen im Weltkrieg für die Führerrolle in einem Entscheidungskampf prädestiniert ist, weil er zweifelsohne die Probleme übersieht und zu meistern versteht. Nötig aber wäre, daß schon im Frieden die Fäden in seiner Hand zusammenlaufen und daß die totale Bereitschaft durch seine Führung sichtbar garantiert wird.“

6. Schon aus den zwanziger Jahren seien Klagen des „sicher nicht vom Nationalsozialismus infizierten“ Gesandten Koch nachweisbar, sagt Hoensch, denen zufolge es Beneš und den Prager Regierungen am guten Willen in allen Fragen, die Deutschland beträfen, fehle; das stimme bedenklich. Zum Beweis seiner Behauptung zieht Hoensch vier Berichte heran, die das Auswärtige Amt aus Prag erhalten hat. Kein einziger dieser Berichte stammt aus den zwanziger Jahren. Der erste, den Hoensch nennt (Documents on German Foreign Policy C, II, 453), ist ein Bericht des Gesandten Koch vom 16. 5. 1934. Dort wird gesagt, daß Beneš für alle die Schwierigkeiten verantwortlich ist, auf die das Dritte Reich in seiner Außenpolitik stößt. Ob das nun stimmte oder nicht, so ist das kein Beweis dafür, daß Koch schon in den zwanziger Jahren darüber geklagt hätte, daß Beneš keinen guten Willen gegenüber der Weimarer Republik zeigte. Das nächste von Hoensch angeführte Dokument (DGFP III, 477) ist ein Bericht Kochs vom

¹⁸ Der Kampf, Prag, Mai 1935.

¹⁹ Der Kampf, Prag, August 1936.

2. 2. 1935 über den von Berlin aus organisierten Mord an dem Emigranten Formis. In dem Bericht ist nichts davon gesagt, daß Beneš in Fragen Deutschlands keinen guten Willen habe. Das folgende Dokument (DGFP IV, 128) ist ein Bericht von Koch vom 3. 6. 1935. Hier ging es nicht um Deutschland, sondern um die deutsche Emigration in der Tschechoslowakei, und wenn Koch hier davon gesprochen hat, daß Beneš viele Unwahrheiten und Halbwahrheiten in der Unterredung mit dem Gesandten von sich gegeben hat, ist das einfach der Ausdruck der Tatsache, daß der Nicht-Nationalsozialist Koch (der im Juni 1935 in den Ruhestand trat) nicht gut sagen konnte, er wisse, daß Beneš recht habe. Er konnte nur in dieser Verstellung die Behauptungen, die Beneš ihm gegenüber gemacht hatte, nach Berlin leiten. Das letzte Dokument (DGFP V, 44) vom 9. 3. 1936, auf das sich Hoensch bezieht, stammt überhaupt nicht von Koch, sondern von seinem Nachfolger Eisenlohr. Es war dessen erster Bericht aus Prag, er war zu diesem Zeitpunkt vollkommen ununterrichtet und kannte nur die nationalsozialistischen Behauptungen über Beneš, denen er offenbar in diesem Augenblick glaubte. Seine späteren Berichte sagen über Beneš genau das Gegenteil, so daß Eisenlohr schließlich von dem von der NSDAP als Aufpasser ins Auswärtige Amt gesetzten Staatssekretär Bohle denunziert wurde, unter dem Einfluß von Beneš zu stehen und nicht die Interessen des Dritten Reiches zu vertreten. In diesem Fall hat sich also Hoensch ausnahmsweise auf vier Dokumente zum Beweis seiner Behauptungen berufen, daß der deutsche Gesandte Koch bereits in den zwanziger Jahren über den Mangel an gutem Willen in allen Deutschland betreffenden Fragen bei Beneš geklagt habe. Nicht ein einziges der angeführten Dokumente beweist aber die Existenz auch nur einer solchen Klage, weder in den zwanziger Jahren noch später.

7. Hoensch führt als Argument gegen Beneš an, daß Hitlers Außenminister von Neurath auf einen Bericht aus Prag an den Rand geschrieben hat: „Beneš lügt wie üblich.“ Einen klareren Fall von „Gracchi de seditione quaerentes“ dürfte es kaum in den zurückliegenden Jahren gegeben haben. Es ist höchstens ein Argument gegen Neurath.

8. Der ernstzunehmenden Forschung schein bis heute der Nachweis wohl noch nicht gelungen zu sein, meint Hoensch, aus Hans Krebs, Rudolf Jung, Konrad Henlein und Karl Hermann Frank „eine mit Wissen und im Auftrag Hitlers seit 1929, spätestens aber seit dem Sommer 1935 und seit der Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront konsequent auf das Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei hinarbeitende ‚Fünfte Kolonne‘ zu machen“. Im Falle der „alten“ Nationalsozialisten Krebs und Jung braucht man sich um einen solchen Nachweis nicht erst zu bemühen. Was Henlein und Frank betrifft, glaube ich den lückenlosen Nachweis erbracht zu haben, daß Henlein zumindest seit Gründung der Sudetendeutschen Heimatfront ein Agent des Dritten Reiches war. Den von mir vorgelegten Beweisen, die sich auf ungedruckte Dokumente des Berliner Auswärtigen Amtes stützen, hat bisher noch niemand etwas entgegengehalten. Daß Henlein und Frank konsequent auf das Auseinanderbrechen der Tschechoslowakei hingearbeitet haben, wurde nie behauptet und muß deshalb auch nicht bewiesen werden. Sie haben in jeder Situation das getan, was den jeweiligen Bedürfnissen

des Dritten Reiches entsprach. Das genügt vollkommen zur Beurteilung ihrer Rolle.

9. Die Behauptung von Hoensch, die Anhänger Hitlers hätten das Schicksal der deutschen Emigration „ohne Beschönigung in ihren Presseorganen nachlesen“ können, zeigt, daß er offenkundig die SdP-Presse nie gelesen hat. Nicht nur die offiziellen Presse-Organe der SdP, sondern — mit der rühmlichen Ausnahme des „Prager Tagblatt“ — die gesamte deutsche nichtsozialistische Presse in der Tschechoslowakei hat das Schicksal der deutschen Emigranten verschwiegen und — wo es nicht verschwiegen werden konnte — verniedlicht. Die SdP-Presse hat gegen die Emigranten gehetzt.

10. Die Behauptung von Hoensch, daß Hitler erst nach dem Wahlsieg der SdP im Mai 1935 die „Einsatzfähigkeit und Manipulierbarkeit dieser Partei für die Zwecke seiner Politik erkannt und einzusetzen begonnen“ habe, steht im Widerspruch zu der Tatsache, daß Henlein schon im März 1935 die für die Zwecke eines tschechoslowakischen Wahlkampfes astronomische Summe von 331 000 Mark überwiesen wurde, die sämtliche Auslagen der SdP gedeckt hat. Das geschah nicht, wie Hoensch sagt, erst „nach langwierigen Beratungen“, sondern auf den ersten Anheb und ohne jede Schwierigkeit.

11. Hoensch sagt zur Frage der Verhandlungen zwischen Beneš einerseits und Haushofer und Trautmansdorff andererseits: „Die Darstellung Brügel: ‚Tschechen und Deutsche‘ 348 f. und 355—361, kann nicht überzeugen.“ Es ist nicht ganz klar, wovon sie eigentlich nicht überzeugt. Meine Darstellung deckt sich inhaltlich weitgehend mit der von Gerhard L. Weinberg, die von Hoensch lobend erwähnt wird.

12. Hoenschs Bemerkung, daß das von Beneš aufgebaute Vertragssystem eine „bilaterale Abmachung nach dem Vorbild des deutschpolnischen Nichtangriffsvertrages vom 26. 1. 1934 erschwert“ habe, ist wohl als Vorwurf gemeint, aber war dieses Dokument (das der Form nach gar kein Nichtangriffsvertrag, sondern nur eine Erklärung war) wirklich etwas so Nachahmenswertes? Polen wurde dadurch aus dem Lager der Feinde der Aggression ausgeschaltet und in der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur zumindest zuungunsten der demokratischen Seite neutralisiert. Ist Hoensch der Meinung, daß die Tschechoslowakei etwas Ähnliches hätte tun sollen?

13. Die Verbindung der Militärklauseln des tschechoslowakisch-sowjetischen Vertrages vom 16. Mai 1935 mit dem tschechoslowakisch-französischen Vertrag vom 16. 10. 1925 hat Hoensch zufolge dessen Wirksamkeit von Anfang an eingeschränkt. Dazu muß gesagt werden, daß der Vertrag vom 16. Mai 1935 überhaupt keine Militärklauseln beinhaltete und mit dem Vertrag vom 16. 10. 1925 in keiner Weise gekoppelt war. Die Bindung war an den französisch-sowjetischen Vertrag vom 2. Mai 1935.

14. Die Behauptung von Hoensch, daß die Prager Außenpolitik sowohl 1933, 1934 wie auch 1936 den Eindruck erweckte, einen auf einen Wirtschaftsboykott des Reiches hinzielenden Kurs zu steuern, beruht auf einer Verwechslung von Ursache und Wirkung. Obwohl sich ein Wirtschaftsboykott des Dritten Reiches ohne weiteres hätte vertreten lassen, ging die Initiative zur Lockerung der Wirt-

schaftsbeziehungen von Berlin aus, und alles, was man von Prag aus in dieser Richtung von 1933 an getan hat, waren nichts als Gegenmaßnahmen. Darüber hat der deutsche Gesandte Koch unmittelbar nach Hitlers Machtantritt nach Berlin berichtet²⁰:

„Heute sprach der Syndikus des Hauptverbandes Deutscher Industrie Dr. Kislinger mit Genehmigung des Präsidenten dieses Verbandes bei mir vor und legte dar, daß die von Deutschland ausgesprochene Zahlungssperre ganz vorwiegend die ohnehin fast der Verzweiflung nahe Bevölkerung des sudetendeutschen Industriegebietes treffe. Er bat mich, was ich ihm nicht wohl versagen konnte, darauf nochmals besonders in Berlin hinzuweisen. Der Schlag, den Deutschland gegen die Tschechoslowakei . . . geführt habe, treffe mit aller Wucht nur die Sudetendeutschen . . .“

Einen Vorstoß in der gleichen Richtung wagte der deutsche Konsul in Reichenberg noch zwei Jahre später, indem er schrieb²¹:

„Die durch bittere Notwendigkeit erzwungenen Hemmungen des Grenzverkehrs auf reichsdeutscher Seite haben unzweifelhaft an dem Elend der Sudetendeutschen einen starken Anteil, denn das Gastwirtsgewerbe befruchtete mit den ihm zufließenden Reichsmark eine ganze Reihe weiterer wichtiger Einheiten, die nun brachliegen müssen.“

15. Ganz unverständlich ist die Behauptung von Hoensch, daß Mitte März 1936 — auf ihren Wahrheitsgehalt nicht überprüfbar — Informationen an das Auswärtige Amt gelangt seien, Beneš habe sich für Sanktionen ausgesprochen (gegen Deutschland) und vertrete die Auffassung, die innenpolitische Lage im Deutschen Reich sei so kritisch, daß Hitler durch einen Finanz- und Wirtschaftsboykott zur Zurücknahme der Rheinlandsbesetzung gezwungen, wenn nicht sogar sein Regime gestürzt werden könne. In den Akten des Auswärtigen Amtes befindet sich für diese Behauptung keine Stütze, und Hoensch gibt für sie auch keine Quelle an.

16. Unverständlich ist auch Hoenschs Behauptung, der Pressekrieg zwischen Prag und Berlin habe „in seiner ganzen Schärfe schon vor 1933 eingesetzt“. Vor 1933 hat es überhaupt keinen Pressekrieg — weder in Schärfe noch anderweitig — zwischen Prag und Berlin gegeben. Die Formulierung, daß „die wütenden Angriffe auf deutscher Seite im Juni 1933 zum Verbot von 98 deutschen Zeitungen in der Tschechoslowakei“ geführt hätten, klingt, als wären in der Tschechoslowakei erscheinende deutsche Zeitungen verboten worden; worum es sich aber wirklich handelt, war das Verbot der Einfuhr des „Völkischen Beobachter“ und ähnlicher Erzeugnisse.

Das alles wird hier nicht angeführt, um Beneš oder die tschechoslowakische Nationalitätenpolitik zu verteidigen, aber es erscheint unerlässlich, diese Feststellungen zu machen, um der historischen Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen, die allein die Voraussetzungen für ein gesundes und vernünftiges deutsch-tschechisches Verhältnis in der Zukunft schaffen kann.

²⁰ Koch an Auswärtiges Amt, 20. 3. 1933. AA, Film 9149, S. 643568—69.

²¹ Joosten an Auswärtiges Amt, 16. 4. 1935. AA, Film 9144, S. 643248—49.